

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Paris, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neungipflerte Kompagnie oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Poststeuer. Kleine Anzeigen: Das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Poststeuer. Ausland: Anzeigen zum Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. extra pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die deutsche Finanzkatastrophe

Frankreich droht Kontrolle an

CC. Paris, 8. November.

In der Montagssitzung der französischen Finanzkommission sprach der Generalberichterstatter der Kommission, Delastrie, der jedoch von einer Reise aus Berlin zurückkehrte, über die deutsche Finanzkrise. Er gab der Besichtigung Ausdruck, daß die fortwährende Banknotenausgabe des Deutschen Reiches das Reich zum Bankrott treibe. Die Großindustrie betrachte diesen Bankrott als das beste Mittel, um sich den Reparationszahlungen zu entziehen, und die Regierung mache nichts, um diesen Bankrott zu verhindern. Sie lasse es zu, daß die Kapitalisten ihr Geld ins Ausland bringen und ungeheure Käufe von englischen und amerikanischen Werten tätigen. Auf dem Papier weise das deutsche Budget ein Defizit von mehr als 100 Milliarden auf. Gegenüber einer solchen Unordnung in den deutschen Finanzen müsse man nicht erstaunt sein, wenn die Mark von Tag zu Tag weiter sinke. Der Zusammenbruch Deutschlands werde nur ein Zusammenbruch des Geldes, keinesfalls aber ein wirtschaftlicher Zusammenbruch sein. Die Mark könne auf das Niveau der österreichischen Krone sinken, aber Deutschland werde seine Industriemacht in der Welt aufrechterhalten. Die Alliierten würden also immer in der Lage sein, sich Pfänder zu sichern, aber unter der Bedingung, daß sie diese Pfänder auszuheben verstehen.

Bisher habe die Reparationskommission in dieser Angelegenheit nichts getan. Jetzt endlich scheine sie sich dazu aufzurufen. Aber sie habe bereits zwei Jahre verstreichen lassen, sich der Rechte, die ihr der Friedensvertrag einräumte, zu bedienen. Sie sei in Paris geblieben, wo sie keine Kontrolle über die deutschen Finanzen ausüben konnte. Diese Kontrolle muß so rasch wie möglich ausgeübt werden. Die internationalisierte Kommission muß die deutschen Zölle beschlagnahmen und das Devisenregime in Deutschland überwachen. Deutschland müsse außerdem, außerordentliche Ausgaben zu machen. Es müsse seine Steuern regelmäßig erheben und die Emission von Banknoten einstellen. In der gegenwärtigen Lage könnte Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen, um sich die ihm vom Londoner Ultimatum vorgeschriebenen fremden Devisen zu verschaffen. Frankreich hat dies auch anerkannt und deshalb das Abkommen von Wiesbaden geschlossen, um Reparationszahlungen in natura zu erhalten. Man müsse sich fragen, ob Deutschland Anstrengungen machen wolle, um die Reparationszahlungen zu leisten oder ob

es der Stimme der Junker und Großindustrie folgen wolle, die nicht zufrieden seien, Deutschland zum Kriege getrieben zu haben, sondern es auch noch zum Bankrott führen wollen.

Man wird in Deutschland gut daran tun, die Ausführungen des einflussreichen Politikers und Präsidenten der Finanzkommission sehr ernst zu nehmen. Was in diesem Telegramm angekündigt wird, ist nichts anderes, als der Beginn der ausländischen Finanzkontrolle. Ein Stück der deutschen Unabhängigkeit wäre damit verloren. Die Schuld tragen diejenigen, die bewußt oder unbewußt auch jetzt noch sich gegen die notwendigen Maßnahmen sträuben, um die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen.

England und der Fall der Mark

London, 8. November.

Die Blätter befaßen sich in Telegrammen aus Berlin und in Artikeln mit dem Sturz der Mark. Die „Times“ schreibt in ihrem Finanzteil, es bestehe kein Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei. In einem Leitartikel sagt das Blatt: Man behaupte, daß die Reparationen schuld an dem Zusammenbruch der Mark seien. Wenn sie auch dazu beitrugen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, was durch die Tatsache bewiesen werde, daß ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Januarrate bezahle, und zuzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte tue, um die ausländischen Werte zu zahlen, die für die Zahlung erforderlich seien. — „Westminster Gazette“ tritt in einem Leitartikel für die Streichung der Reparationen ein. Es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschaffe und gegen den Bankrott ein Veto erhebe. Großbritannien habe nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es auf die deutschen Reparationen verzichte.

Der Stand der Mark

Durch das Emporschnellen der Devisenkurse in Berlin hat sich an der New Yorker Börse ein neuer Sturm des Marktkurses entwickelt. An der gestrigen New Yorker Börse stieg der Dollar auf 308 M. In Berlin hat die Nachfrage nach Devisen in den heutigen Morgenstunden etwas nachgelassen, gegen 10 Uhr war der Stand des Dollars etwa 295 Mark, mittags wurden für einen Dollar 310 Mark gezahlt.

abgeben. Harmsworth sagte weiter: Es sei richtig, daß die französische Presse zugegeben habe, daß in den Gebieten von Samson und Bajira Massenhinrichtungen von Briten vorgenommen wurden. Bezüglich der Massakres von Masjar habe die englische Regierung erfahren, daß 950 Griechen und Armenier in barbarischer Weise getötet wurden. Nach dem Vertrag von Sèvres und dem Drei-Mächte-Abkommen sei Frankreich die Macht, der der Schutz der Minderheiten in Cilicien obliege. Mehrere Redner, darunter Lord Robert Cecil, verlangten, daß dem Unterhause die Möglichkeit einer Besprechung gegeben werde. Chamberlain erwiderte, die Regierung sei sich darüber klar, daß das Land und das Parlament sehr beunruhigt seien, inwiefern hätten die französisch-englischen Besprechungen eben erst begonnen, und für den Augenblick sei deshalb eine Erweiterung der Angelegenheit im Parlament nicht angebracht.

Der Wiederaufbau

100 000 deutsche Arbeiter benötigt

Paris, 7. November.

Marcel Hutin, berichtet im „Echo de Paris“, daß heute vormittag der Direktor der Sureté Générale mit Vertretern der Aufbaugesellschaften des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (A. G. T.) eine Unterredung hatte wegen des Wiederaufbaus der elf Dörfer in der Gegend von Pérone durch deutsche Arbeiter, über den mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften verhandelt werde. Dupont stellt fest, daß die Frage der Verwendung von Arbeitskräften zum Wiederaufbau jetzt aktuell werde, denn man brauche 100 000 Arbeiter, die abteilungsweise nach Frankreich kommen müßten, besonders gelernter Arbeiter, wie Maurer, Zementarbeiter, Stuckarbeiter, Zimmerleute und Tischler. Ungelernte Arbeiter dagegen besitze Frankreich in genügender Menge. Als Vorschlag, die für die Bestellung von Arbeitern in Frage kämen, bezeichnet Dupont Italien, Polen und die Tschechoslowakei. Ueber die Lösung dieser Frage habe übrigens dieser Tage eine Unterredung beim Arbeitsminister stattgefunden, der auch Serdouz für das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beigegeben habe. Die Frage habe für Frankreich auch eine ethnographische Bedeutung, da vorzuziehen sei, daß ein Teil dieser Einwanderer sich in Frankreich festsetzen werde.

Der 9. November in Braunschweig. Der 9. November wurde von der braunschweigischen Regierung zum gesetzlichen Feiertag bestimmt.

Das große Geheimnis

Nach Tische liest man's anders!

In einer Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes des Berliner S. P. D., an der auch die Landtagsabgeordneten des Bezirks teilnahmen, beschäftigte man sich gestern mit der Regierungsumbildung in Preußen. Aus dem Bericht des „Vorwärts“ erfahren wir lediglich, daß etwa zwei Dutzend Redner zu Worte gekommen sind, von denen einige sich scharf gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei wandten. Nächste Woche soll in allgemeinen Mitgliederversammlungen eine Aussprache darüber erfolgen. Das Ergebnis der Beratung war die einstimmige Annahme einer Entschlieung, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Bildung einer Regierungskoalition mit ihr in Preußen die schwersten politischen Bedenken erregen müsse. Diese Bedenken würden noch verstärkt durch die Befehung des Kultusministeriums mit dem Volksparteiler Boelch, der sich durch sein früheres öffentliches Auftreten als wenig geeignet zur Führung einer republikanisch-demokratischen Politik erwiesen habe. Es müsse nunmehr verlangt werden, daß die Mindestforderungen des Göttinger Beschlusses zur Koalitionspolitik von der neuen Regierung sofort durchgeführt werden. Die Parteigenossen sollten ihre schärferen Bedenken zurückstellen und einmütig die Politik der Landtagsfraktion unterstützen. Von den nächsten Taten der Regierung werde es abhängen, ob die neue Koalition von Dauer sein werde.

Man steht der Resolution an, daß sie ein Kompromiß darstellt. Die Einigkeit der Partei wird über alles gestellt, und hinter dieser Forderung darf sich jeder verstecken, der durch seine Politik die Interessen der Arbeiterklasse aufs schwerste schädigt. Vielleicht wäre der Bezirksvorstand zu einem anderen Ergebnis gekommen, wenn er gewußt hätte, was jetzt die Deutsche Volkspartei über diesen Fall berichtet, und auch das, was Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, in der Provinzpresse erzählt.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der Pressediener der Deutschen Volkspartei, sagt in ihrer Nummer vom Montag, es sei ein Verdienst ihrer Landtagsfraktion, daß sie durch ihre Forderung nach der großen Koalition die anderen Fraktionen zum Anschluß bewegen habe. Die Sozialdemokratie habe sich nur mit einer knappen Mehrheit dafür entschieden:

„Sie weiß ja wohl, daß sie damit den Traum einer sozialdemokratischen Vorkoalition endgültig aufgibt und sie wird es vorzuziehen haben, daß ihr aus den Reihen der Unabhängigen jetzt die allerstärksten Angriffe sicher sind. Die „Freiheit“ eröffnet in ihrer Sonntagsummer den Kampf mit der Parole: „Stilles ist Triumph. Republikanische Klumpenpolitik gegen die Arbeiter.“ Ein sozialdemokratischer Führer hat denn auch schon die Befehung ausgesprochen, daß der sozialdemokratische Zuwachs auf Kosten der Unabhängigen jetzt wieder auf dem Spiel stehe und den Unabhängigen die Möglichkeit neuer Erfolge besorfe.“

Die Deutsche Volkspartei habe sich, so wird weiter berichtet, nachdem Stegerwald endgültig fallen gelassen worden war, für eine Ministerpräsidentenschaft des Abgeordneten Braun entschieden, „da sie eine Wiederkehr Brauns in das Landwirtschaftsministerium verhüten wollte.“ Wir hören weiter:

„Sie (die Volkspartei) hat es auch bedauert, daß der Abgeordnete Jülicher von den Demokraten nicht wieder für das Handelsministerium vorgeschlagen wurde. Die Befehung dieses Ministeriums durch den Abgeordneten Stiering ist sicher nicht sehr erwünscht. Die Fraktion hat aber doch schließlich zugestimmt, nachdem ihr durch das Zustandekommen eines Staatssekretärs im Handelsministerium die Sicherheit geboten zu sein schien, daß das Handelsministerium nicht zu sozialistischen Experimenten mißbraucht werde. Die Befehung des Finanzministeriums durch den Abgeordneten Dr. von Richter und des Kultusministeriums durch den Abgeordneten Dr. Boelch geben die volle Gewähr dafür, daß die Deutsche Volkspartei im neuen Preußenkabinett ihren Einfluß zur Geltung bringen wird.“

Die Deutsche Volkspartei rühmt sich also dessen auf offenem Markte, daß es ihr durch ihr geschicktes Kulissenpiel gelungen sei, den rechtssozialistischen Einfluß auf die künftige Haltung der Regierung so gut wie völlig auszuschalten. Nun rechnen die schlaunen Taktiker der sozialdemokratischen Fraktion im „Vorwärts“ aus, daß nach einer genauen Berechnung der Abstimmung am 5. November sich ergebe, daß mindestens 37 der wirren Stimmzettel von Mitgliedern der Koalitionsparteien angegeben sein müssen. Vielleicht sind auch einige Zentrumskräfte dabei gewesen, daß das Gros der weißen Protestzettel von den Volksparteilern stammt, ist unbestreitbar. Daraus sollen nun die Leser des Blattes den Glauben schöpfen, das es der rechtssozialistischen Taktik gelungen sei, die Deutsche Volkspartei zu spalten und dem linken Flügel zu maßgebendem Einfluß zu verhelfen. Die Wirklichkeit redet aber eine andere Sprache. Die beiden Minister der Deutschen Volkspartei stammen aus dem rechten Flügel, sie sind unentwegte Monarchisten und insbesondere stellt Dr. Boelch als Kultusminister eine wahre Flachmannfigur vor. Dazu haben die Volksparteiler dem Handelsminister Stiering eine scharfe Kontrolle vor die Nase gesetzt, so daß auf jeden Fall dafür gesorgt ist, daß auch unter der Ministerpräsidentenschaft Otto Brauns nichts gegen den Willen des Herrn Stinnes geschieht.

Englisch-französische Differenzen

Der kürzlich zwischen der französischen Regierung und den türkischen Kemalisten abgeschlossene Vertrag, der der Angora-Regierung eine Reihe wichtiger Zugeständnisse macht und zugleich die Stellung Frankreichs in Vorderasien befestigt, hat in England arge Verstimmung hervorgerufen und zu ziemlich starken Differenzen zwischen der englischen und französischen Regierung geführt. Nach einer Havasmeldung aus London ist dem französischen Botschafter im Augenblick seiner Abreise nach Paris eine Denkschrift überreicht worden über das französisch-türkische Abkommen mit Angora. In dieser ziemlich langen Denkschrift werden eine Reihe von Einwendungen erhoben, deren hauptsächlichste die Befürchtung der englischen Regierung sei, daß das Abkommen gewisse Schwierigkeiten bei der Regelung der Orientfrage hervorrufen werde, namentlich in dem Augenblick, in dem England sich im Einvernehmen mit Frankreich bemühe, den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu lösen.

In der französischen Presse wird aus Anlaß dieser ablehnenden Haltung Englands eine Reihe heftiger Angriffe gegen die englische Politik erhoben. Wenn man auch die wütenden Ausfälle der Pariser Boulevard-Presse vom Schlage des „Matin“ nicht ganz ernst zu nehmen braucht, so ist beispielsweise die Haltung des oft offiziös benutzten „Temps“ symptomatisch für die Verstimmung in französischen Regierungskreisen. Der „Temps“ schreibt, England wolle nur seine Monopolpolitik hinsichtlich der asiatischen Petroleumquellen schützen und opponiere deshalb gegen den französisch-türkischen Vertrag. Zugleich versucht der „Temps“ auch die Vereinigten Staaten gegen England auszuspielen, deren Interessen durch die Haltung England gefährdet seien. In sofern gewinnen die Auseinandersetzungen über den französisch-türkischen Vertrag auch eine gewisse Bedeutung für die bevorstehenden Verhandlungen auf der Washingtoner Konferenz.

Das Unterhaus verlangt Aufklärung

London, 7. November.

Im Unterhause entspann sich eine längere Debatte über den französisch-keimalistischen Vertrag. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Harmsworth: Zwischen der britischen und der französischen Regierung habe eine Erörterung wegen des Vertrages von Angora begonnen. Da die Verhandlungen noch im Gange seien, könne er gegenwärtig keine weiteren Erklärungen

Gewerkschaftliches

Provokation der Eisenbahnverwaltung

Von der Ortserverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wird uns geschrieben:
Der reaktionäre Verwaltungsbureaokratie schwärzt immer mehr der Kammer. Vor einiger Zeit kamen die Herren Verwalter der einzelnen Direktionen zu einer Besprechung in Goslar zusammen, um sich einmal über die Auslegung des Reichslohn-Tariffes und der Betriebsverordnungen zu unterhalten. In dem Gespräch hat man nun wieder versucht, die Bestimmungen des Tariffs und der Betriebsverordnungen dahin auszulagern, daß sie vielfach auf eine Ignorierung des Tariffs, der Schlichtungsstellen und der Betriebsvorschriften hinauslaufen. Man hat u. a. in Goslar auch eine Arbeitsordnung ausgearbeitet, die neben anderen ähnlichen Punkten folgenden besonders drastischen enthält:
"Politische und gewerkschaftliche Gegensätze dürfen sich im Dienste nicht geltend machen. Es ist daher jede parteipolitische Betätigung und das Werben für eine Gewerkschaft im Bereiche der Dienststelle zu unterlassen. Dies gilt nicht nur von der eigentlichen Betätigung (z. B. mündliche Agitation, Verteilung von Flugblättern, Anschlag von Einladungen zu politischen Versammlungen), sondern auch von anderen Handlungen, die geeignet sind, Erörterungen über die Angehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei oder Gewerkschaft herbeizuführen." S. B. Prüfung der Mitgliederzusage, Sammlung von Beiträgen für parteipolitische Zwecke.
Ein Kommentar dazu erübrigt sich; denn es steht fest, daß auf diese Art, die freie Gewerkschaftsbewegung im Eisenbahnbetrieb zu lähmen ist.
Auf Grund der Goslarer Richtlinien geht nun die Eisenbahndirektion Berlin dazu über, die geteilte Arbeitszeit einzuführen. Mit dieser Maßnahme bezweckt man, die Eisenbahner hauptsächlich an eine längere Arbeitszeit zu gewöhnen, ein Unterfangen, das als eine dreifache Provokation aufgefaßt wird. Vom Bezirksrat der Eisenbahndirektion Berlin wurde sofort nach Bekanntgabe der Goslarer Richtlinien versucht, eine Verständigung in der Frage der geteilten Arbeitszeit herbeizuführen. Die Direktion erließ auch eine Verfügung, die besagte, daß für den Bezirk Berlin aus den nicht weiter anzuführenden Gründen die durchgehende Arbeitszeit gelten muß. Dies war am 23. September d. J. Jetzt glaubt man aber, es nicht länger nötig zu haben, sich von Vernunftgründen leiten zu lassen und erklärt dreist heraus, daß überall, wo schließlich der Einführung der geteilten Arbeitszeit Schwierigkeiten gemacht werden sollten, die geteilte Arbeitszeit trotzdem durchzuführen werden soll, denn diese ist eine Verwaltungsmaßnahme, die ohne Verträge der Betriebsräte vorgenommen werden kann. Ja, was ist denn keine Verwaltungsmaßnahme?

Eine Funktionärversammlung tagte am 4. November, die sich auch mit dem reaktionären Abteilungsleiter Wollbaum beschäftigte, der sich folgende Äußerung erlaubte: "Ja, die alten Wähler, das waren noch Kerle, aber die von heute, die jungen Wähler, müßten glattweg erschossen werden". In einer angenommenen Entschließung wurde die geteilte Arbeitszeit abgelehnt und die sofortige Ent fernung Wollbaums verlangt.
An alle Eisenbahner kann nur der dringende Mahnruf gerichtet werden: Haltet zusammen, rüchtet die Kräfte auf, denn ein gesunder Wille, und der Wille, sich seine wenigen freibürgerlichen Rechte nicht noch weiter verkümmern zu lassen, kann diese Reaktion dämmen. Deshalb, Eisenbahner, seid auf der Hut!

U. S. P. Eisenbahner!

Am 10. November 1921, abends 7 Uhr, findet in der "Neuen Harmonie", Köpenicker Str. 96-97, eine Konferenz aller im U. S. P. organisierten U. S. P. Eisenbahner statt.

Gautag der technischen Angestellten

Die unbestreitbar große Bedeutung der Technik und damit des Technikers für unser modernes Wirtschaftsleben dürfte zweifellos auch ein gewisses Interesse der gesamten Öffentlichkeit für die Tagungen der wirtschaftlichen Organisation der technischen Berufsstände als gegeben erscheinen lassen.
Der Bund der technischen Beamten und Angestellten, der als diese Organisation anzupreisen ist, hielt am 5. und 6. November im Hotel "Weißer Hof" - Cottbus - seinen 8. ordentlichen Tagungstag für den Gaubezirk Brandenburg ab. Dem Geschäftsbericht des Gauleiters Scholz war zu entnehmen, daß das Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenhalt auch in den Reihen der Ingenieure und Techniker immer deutlicher hervortritt, eine Tatsache, die durch die Entwicklung des Mitgliederbestandes bestätigt werde. Vertreten waren insgesamt 102 Ortsvereine und die Holzpilotenvereine, in denen die Studientenden an den technischen Lehranstalten zusammengefaßt sind. Im Vordergrund der Verhandlungen standen Erörterungen über Verbesserungsvorschläge des Bundes, über die Aufhebung des geltenden Tarifsystems, die Unterbindung der Lohnsteigerung des zentralistischen Systems die Sicherstellung des Existenzminimums aufzuweisen müßten, die es gestattet, den außerordentlich veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Dem aus ehrenamtlichen und beamteten Mitgliedern bestehenden Hauptvorstand muß es möglich sein, im gegebenen Augenblick weittragende Entschlüsse fassen zu können, um seiner Aufgabe, die darin besteht, für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der technischen Berufsstände einzutreten, gerecht werden zu können. Aufhänger betonte weiter die Notwendigkeit, den Kernpunkt der Verfassung, der eine Umstellung des heutigen Tarifsystems als einzige Möglichkeit für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der Gesamtheit der Arbeitnehmer bezeichnet, klar herauszuarbeiten. Die gegenwärtig geradezu katastrophale wirtschaftliche Entwicklung verlange gebieterisch, daß die Gesamtmitgliedschaft mehr wie bisher herausgestellt werde. In der anschließenden, auf einem beachtenswert hohen Niveau stehenden Diskussion zeigte sich, wie gerade der Techniker den außerordentlich komplizierten Wirtschaftsverhältnissen ein außergewöhnlich großes Maß von Verständnis und Sachkenntnis entgegenbringt, so daß es eigentlich verwunderlich erscheinen muß, daß dem Techniker in den Verwaltungsorganen u. a. immer noch nicht der Platz eingeräumt wird, auf den er unbestritten den größten Anspruch hat.

Neue Lohnsätze der Staatsarbeiter

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: Analog der neuen Beamtengehaltserhöhung werden auch die Löhne der Staatsarbeiter erhöht werden, und zwar sollen die Erhöhungen auch vom 1. Oktober gelten. Es erhalten:

Stundenlohn	Stundenlohn (Bisher)	Durchschnittsjahreslohn
7	7,70 M.	(6,20 M.) 18 200 M.
8	7,80 M.	(6,30 M.) 19 500 M.
5	6, - M.	(6,40 M.) 20 000 M.
4	6,20 M.	(6,50 M.) 20 500 M.
3	6,50 M.	(6,70 M.) 21 250 M.
2	6,70 M.	(6,80 M.) 21 750 M.
1	6,90 M.	(6,90 M.) 22 250 M.

Die Kinderzulage wird auf 50 % für alle Altersklassen bis 21 Jahre, soweit nicht die Kinder selbst verdienen, pro Stunde erhöht (jeht 20 %). Sie beträgt pro Kind und Monat durchschnittlich 165 M.

Deutsche Männer und Frauen, hörtet diesen Ruf!

an Untererbildungsanstalt ersten Ranges für Kriegsdienstverweigerer, Kameraden...
Die Hand-Bibliothek
des allgemeinen u. praktischen Wissens
von Em. Müller-Aden.
2 große Prachtbände à 115 Kap. nur 20 M.
Die Lieferung des Werkes erfolgt ohne Anzahlung, siehe Bestellform.
Inhalt:
Der Kampf...
Die Hand-Bibliothek bringt Aufklärung auf allen Gebieten, in denen die heutige Jugend jeder bewandert sein muß.
Buchhandlung H. W. Becker, Hermannstr. 11, Berlin. - Telephon-Nr. 5403.

Gold-Silber-Platin
Gutzkowstr. 13
Porzellan in Heiligensee
Zeitkloster
Meine Reliquien
Gustav Hargubes
Buchhdg. „Freiheit“

Rosa Luxemburg Karl Liebknecht Leo Jogiches
Eine Stige von Karl Rautsky
Preis 2.00 Mark
Botenfrauen sofort gesucht
Epedition Werner Greifswalder Straße 29
Epedition Sinner Skaliher Straße 101
Epedition Grunlich Marienfelde, Kirchstr. 27

Verkäufe
Kreuzschiffe
Blaueverze
Knigge
Milchhaus

Kleine Anzeigen
Möbel
Einrichtungen
Zum 9. November
5 Lieder für Massengesang 50 Pfennig
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Straße 69

Kaufgesuche
Werkzeuge
Briefe
Wanderfremde
Anfiedlungen
Fredersdorf